

Initiativen warnen vor Verkehrskollaps im Bremer Süden

Vereinigung für eine menschengerechte A 281 befürchtet eine schlechte Koordination von mehreren Großbaustellen

VON DETLEV SCHEIL

Neustadt/Obervieland. Im Vorfeld der Sitzung der Baudeputation am Donnerstag, 15. Februar, wendet sich die „Vereinigung der Bürgerinitiativen für eine menschengerechte A 281“ mit einem offenen Brief an die Deputationsmitglieder. Ergänzend ging die Stellungnahme auch an die Beiräte Neustadt und Obervieland. Unter der Überschrift „Verkehrskollaps im Bremer Süden verhindern – nur eine Großbaustelle zur gleichen Zeit!“ warnt die Vereinigung davor, gleich mehrere verkehrliche Großbaustellen im Bereich des Bremer Südens im schlechtesten Fall gleichzeitig zu betreiben. Zugleich wird erneut für einen Verzicht auf den Bauabschnitt 2.2 der Autobahn 281 plädiert.

Wird der Bauabschnitt 2.2 der A 281 realisiert, muss – wie mehrfach berichtet – der Tunnel zum Zubringer Arsten für längere Zeit gesperrt und der Verkehr oberirdisch über Behelfsrampen und mit Ampeln an der Großbaustelle vorbeigeführt werden. Die Bürgerinitiativen sprechen von „mindestens drei Jahren“ und befürchten, dass viele Verkehrsteilnehmer Umwege durch Wohnge-

biere in der Neustadt und Obervieland suchen. Im offenen Brief heißt es dazu: „Auf einer Veranstaltung in der Airportstadt im letzten Herbst hat die Planungsgesellschaft Deges prognostiziert, dass der Verkehr während der Tunnelsperrung auf der Kornstraße um bis zu 64 Prozent, auf der Habenhauser Landstraße um 30 Prozent und auf dem Arsterdamm westlich der Habenhauser Brückenstraße um 29 Prozent zunehmen wird, also wesentlich mehr als die jüngst beim Beirat Obervieland genannten 20 Prozent.“

Entlastung soll nach den Vorstellungen des Baurechts ein Ausbau der Habenhauser Brückenstraße bringen (wir berichteten). Für die Anwohner des dicht bebauten vorderen Teils der Habenhauser Landstraße bringe das allerdings nichts, sie müssten sich auf jahrelange Staus, unzumutbare Lärm- und Abgasbelastungen und massive Gesundheitsgefährdungen einstellen, erklären die Bürgerinitiativen fest. Die Planer gehen davon aus, dass die Bauarbeiten an der Habenhauser Brückenstraße im Sommer 2019 beginnen und abgeschlossen sind, bevor mit dem Autobahnbau vor Kattenturm und Hückelriede begonnen wird. „Wir haben da-

ran erhebliche Zweifel“, heißt es im offenen Brief. Verkehrssenator Joachim Lohse (Grüne) habe der Deputation im September berichtet, dass der Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt 2.2 bis zum Sommer 2018 erlassen werde und die Bauarbeiten dann sofort am Neuenlander Ring beginnen sollten. Nach sechs bis neun Monaten wären die Bagger nach Einschätzung der Bürgerinitiativen am Tunnel angekommen, und auf der Baustelle Habenhauser Brückenstraße hätte es bis dahin „bestenfalls den ersten symbolischen Spatenstich gegeben“.

Die Bürgerinitiativen weisen darauf hin, dass weitere Großbaustellen absehbar sind. So werde im März 2018 planmäßig die Fahrbahnerneuerung auf der A1 auf niedersächsischem Gebiet fortgesetzt. 2017 hätten die Bauarbeiten auf der A1 immer wieder zu langen Staus und Schleichverkehren im Bremer Süden geführt. Das sei auch dieses Mal zu befürchten. Darüber hinaus werde bald auch noch die Ochtumbrücke auf der A1 erneuert und der Verkehr mit nur zwei Fahrstreifen pro Richtung an dieser zusätzlichen Baustelle vorbeigeführt. Ende 2019 solle der Verkehr auf der A1 wieder störungsfrei lau-

fen. Die Bürgerinitiativen folgern daraus im offenen Brief: „Selbst wenn alles klappt, wird es nach den bisherigen Zeitplänen also nicht nur eine, sondern zwei oder sogar drei Großbaustellen gleichzeitig geben. Der totale Verkehrskollaps im Bremer Süden wäre vorprogrammiert.“ Es sei dringend erforderlich, die Vorhaben zu entzerren und zeitlich aufeinander abzustimmen.

Das negative Szenario ließe sich laut Argumentation der Bürgerinitiativen ganz einfach vermeiden, wenn auf den der Bauabschnitt 2.2 der A 281 endgültig verzichtet würde. Das 150 Millionen Euro teure Autobahnstück zwischen Neuenlander Ring und Arster Zubringer habe keinerlei zusätzlichen Nutzen für den überregionalen Verkehr, behauptet die Vereinigung und droht mit erneuter Klage: „Sollten Senat und Bürgerschaft nicht selbst zu dieser Erkenntnis kommen, werden wir Bürgerinitiativen wie schon 2009 versuchen, den Planfeststellungsbeschluss vor dem Bundesverwaltungsgericht zu kippen.“

Die Baudeputation tagt öffentlich am Donnerstag, 15. Februar, 15 Uhr, im Haus der Bürgerschaft, Eingang Börsenhof A.